

# Slowakei

Lucia Mokrá\*

Die politische Entwicklung des vergangenen Jahres in der Slowakei war geprägt von zwei Wellen der Covid-19-Pandemie, der Beschaffung von Impfstoffen, Reformbemühungen und finanziellen Hilfen der Europäischen Union (EU). Einerseits sah man die EU als unterstützende Kraft, die half, Europa neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen, die Lieferung von Impfstoffen zu verhandeln und die anspruchsvolle Zusammenarbeit europäischer Forschungsteams zu unterstützen. Andererseits geriet die EU aber wegen ihrer Versäumnisse zur einheitlichen Regelung der Binnengrenzen – die nach öffentlicher Meinung einen der größten Vorteile der EU darstellen – in die Kritik.

## **Pandemie, Impfungen und Grenzregime**

In der Slowakei ging der Beginn der Covid-19-Pandemie mit der Auszählung der turnusmäßigen Parlamentswahlen und der Regierungsbildung einher. Die Einsetzung einer neuen Regierung unter solch strikten Beschränkungen bei gleichzeitiger Verhängung des Ausnahmezustands, stellte eine nie dagewesene Situation für das Land dar. Während die erste Welle der Pandemie in der Slowakischen Republik noch als ein gutes Beispiel für Krisenmanagement, Solidarität sowie niedrige Infektions- und Sterberaten galt, sorgte die zweite Welle im Herbst 2020 für mehr Komplikationen. Zwar hatte die Regierung den Kampf gegen Covid-19 zu einer ihrer Prioritäten erklärt, versäumte es aber, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die Aufhebung der Beschränkungen im Juli und August 2020 führte dazu, dass die Behörden bereits im September nicht ausreichend auf die steigende Zahl der Neuinfektionen vorbereitet waren, was schließlich zu Schulschließungen im Oktober und November führte, die erst Ende Mai 2021 wieder aufgehoben wurden. Der Ausnahmezustand war mehrmals erst im letzten Moment verlängert worden (Regierung und Parlament hatten ihre Entscheidung jeweils einen bis maximal drei Tage vor Ablauf getroffen), worauf insbesondere Arbeitgeber- und verschiedene Wirtschaftsverbände mit scharfer Kritik reagierten. Regierung und parlamentarische Oppositionsparteien stritten sich in aller Öffentlichkeit über die im Rahmen des Ausnahmezustands verhängten Beschränkungen, flankiert von zahlreichen öffentlichen Protesten, so auch am 17. November 2020, dem Tag der nationalen Freiheit.

Man setzte klar auf die Covid-19-Impfstoffe als Weg aus der Pandemie. Dabei war sich die Regierung einig, dass nur Impfstoffe verwendet werden sollten, die zuvor von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zugelassen worden waren. Jedoch sahen sich der damalige Ministerpräsident Igor Matovič und sein Gesundheitsminister Marek Krajčovič angesichts der hohen Infektions- und Todeszahlen sowie der Überlastung des Gesundheitssystems in der zweiten Welle veranlasst, zwei Millionen Dosen des nicht zugelassenen Impfstoffs Sputnik V aus Russland zu beschaffen.<sup>1</sup> Diese „lebensrettende“ Maßnahme

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Regierung der Slowakischen Republik: The Slovak republic will buy two millions of Russian vaccine Sputnik V, 1.3.2021, abrufbar unter: <https://www.vlada.gov.sk/premier-slovensko-nakupi-dva-miliony-kusov-ruskej-vakciny-sputnik-v/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

stieß auf heftige Kritik aus Politik und Wissenschaft. Nicht nur die fehlende EMA-Zulassung, sondern auch die geheim gehaltenen Kaufverträge führten zu einer wochenlangen Regierungskrise, in deren Folge die Regierung umgebildet und der Ministerpräsident ausgetauscht wurden. Die Slowakei bestätigte daraufhin, dass sie alle vertraglichen Verpflichtungen der EU einhalten und nur Impfstoffe mit EMA-Zulassung verwenden würde. Schließlich erlaubte ein politischer Kompromiss dann doch die Impfung mit Sputnik V, aber nur einige Tausend Menschen nahmen dies tatsächlich in Anspruch.

Die Impfkampagne startete am 26. Dezember 2020. Obwohl in der Slowakei alle Impfstoffe zur Verfügung stehen, liegt die Impfquote noch unter 50 Prozent und ist damit die niedrigste unter den Visegrád-Staaten (Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowakei).<sup>2</sup> Statt überzeugende Impfkampagnen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse durchzuführen, richtete die Regierung eine „nationale Lotterie für Geimpfte“ ein, die aber keine Wirkung in der Bevölkerung entfaltete. Anstelle der Regierung übernahmen schließlich verschiedene wissenschaftliche Initiativen und einzelne Regionalpolitiker diese Bemühungen.

Die Regierung sah sich aufgrund der geringen Impfquote in der Slowakei ebenfalls gezwungen, eine Debatte über die Regelung von Grenzübertritten zu führen, die für öffentlichen Unmut sorgte, als sie die Bevölkerung scharf in Geimpfte und Ungeimpfte unterteilte. Die Regierungskoalition war sich einig, dass die Schließung der Landesgrenzen, wie sie während der ersten und teilweise auch der zweiten Welle der Pandemie veranlasst worden war, im klaren Gegensatz zum Nutzen der Reisefreiheit und offener EU-Grenzen stand. Die Regierung legte zwar einen Gesetzesvorschlag zur Einführung des grünen Passes für offene und sichere Grenzen vor, allerdings versuchte ein Koalitionspartner, „Sme Rodina“ (Wir sind die Familie), dadurch politisch zu punkten, dass sie Vorteile für Geimpfte ablehnten und die Abstimmung ganz blockierten. Die Slowakische Republik ist einer der EU-Staaten, in denen es keine verpflichtenden Impfungen gibt, auch nicht für Angestellte des Gesundheits- und Sozialwesens.

### **Konferenz über die Zukunft Europas**

Die Slowakei ist eines der Länder, die durchgehend höchste Zustimmungsraten zur EU aufweisen.<sup>3</sup> Die Durchführung der Konferenz über die Zukunft Europas im Jahr 2021 bietet der slowakischen Bevölkerung die Möglichkeit, einen Beitrag zur Formulierung von politischen Zielvorstellungen für die zukünftige Entwicklung der EU zu leisten. Am 3. März 2021 legte die slowakische Regierung das Konzeptpapier zur Zukunftskonferenz vor, in dem sie zwei Ansätze verfolgt: erstens eine sachliche und konstruktive öffentliche Debatte über die EU, unter besonderer Berücksichtigung der Regionen, und zweitens Expertenanalysen zu Prioritäten einzelner Sektoren mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Regierung der Slowakischen Republik.<sup>4</sup>

Das erste Treffen wurde am 9. Mai 2021, dem Europatag, von höchsten Staatsvertretern eröffnet. Präsidentin Zuzana Čaputová, Parlamentspräsident Boris Kollár, Premier-

---

2 Jakub Habas/Veronika Ovriská: Ako ide očkovanie na Slovensku? Pozrite si grafy, abrufbar unter: <https://domov.sme.sk/c/22576865/ockovanie-koronavirus-vakcina-pocet.html> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

3 Olga Gyarfašová/Lucia Mokrá: Being European: The Slovak Way, in: Michael Kaeding et al.: *The Future of Europe: views from the capitals*, Cham 2019, S. 101–104.

4 Regierung der Slowakischen Republik: Concept note on Conference on Future of Europe. Government's material LP/2020/568, abrufbar unter: <https://www.slov-lex.sk/legislativne-procesy/-/SK/LP/2020/568> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

minister Eduard Heger sowie der Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten Ivan Korčok riefen dazu auf, über die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft, aber auch über die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zu debattieren und Visionen für die Zukunft der EU zu entwickeln. Der Außenminister betonte dabei, dass gemeinsame Ziele zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger verfolgt werden müssten, darunter eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, ein gemeinsamer Markt ohne Beschränkungen und eine stabile gemeinsame Währung. Zudem müsse man sich gemeinsam den Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, die Verbreitung von Desinformation, Instabilität und Konflikt im internationalen Umfeld stellen.<sup>5</sup>

Die öffentlichen Diskussionen auf regionaler und nationaler Ebene spiegeln diese proeuropäische Haltung wider. Während die Covid-19-Pandemie zwar die Tagesordnung bestimmte, bot sie andererseits auch die Möglichkeit, die Zusammenarbeit in Grenzregionen noch weiter zu vertiefen, was nicht nur politisch, sondern auch für die Einwohner dieser Regionen von großer Bedeutung ist. Die geografische Lage der Slowakei und die Arbeit der nationalen Koordinatoren in der sogenannten „Slavkov-Kooperation“ (zusammen mit der Tschechischen Republik und Österreich) stellen ganz besondere Anforderungen an die Diskussion über eine zukunftsorientierte Europapolitik. Alle drei Länder stehen daher in engem Kontakt über ihre politischen Zielsetzungen und Schnittmengen in den Bereichen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, des Grenzregimes und Eisenbahnverkehrs, der Energiesicherheit, Bildung und Ausbildung, Forschung und digitaler Transformation sowie der laufenden Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanländern.<sup>6</sup>

### EU-Erweiterungsgespräche

Die EU-Agenda prägt die slowakische Außenpolitik auch in Form der laufenden Gespräche zur EU-Erweiterung. Die Slowakische Republik und ihre Vertreter, sowohl der Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten (Ivan Korčok) als auch einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments<sup>7</sup> unterstützen und befördern diesen Prozess, der zunächst wegen französischer und niederländischer Bedenken und später aufgrund der Pandemie verschoben worden war. Die EU bot den Ländern der Region Hilfe für ihre Gesundheitssysteme an, und die Slowakische Republik folgte dem Beispiel durch zusätzliche Lieferungen von medizinischer Ausrüstung und einer gewissen Menge an Impfstoffen. Die Diskussion über die Westbalkan-Erweiterung ist von innen- und außenpolitischer Bedeutung und wird als Prozess des Erfahrungsaustauschs maßgeblich geprägt durch den ehemaligen slowakischen Außen- und Europaminister Miroslav Lajčák, der die Rolle des EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina übernommen hat.

- 
- 5 Ministerium für Äußeres und europäische Angelegenheiten: Konferencia o budúcnosti Európy na Slovensku #FutureIsYours, 5.5.2021, abrufbar unter: [https://www.mzv.sk/europaske-zalezitosti/konferencia-o-buducnosti-eu/konferencia-na-slovensku/-/asset\\_publisher/W4NUwfoLxXH1/content/minister-ivan-korcok-konferenciu-o-buducnosti-eu-zaciname-nasu-domacu-diskusiu-o-tom-aku-europsku-uniu-chceme-mat?\\_101\\_INSTANCE\\_W4NUwfoLxXH1\\_redirect=%2Feuropaske-zalezitosti%2Fkonferencia-o-buducnosti-eu%2Fkonferencia-na-slovensku](https://www.mzv.sk/europaske-zalezitosti/konferencia-o-buducnosti-eu/konferencia-na-slovensku/-/asset_publisher/W4NUwfoLxXH1/content/minister-ivan-korcok-konferenciu-o-buducnosti-eu-zaciname-nasu-domacu-diskusiu-o-tom-aku-europsku-uniu-chceme-mat?_101_INSTANCE_W4NUwfoLxXH1_redirect=%2Feuropaske-zalezitosti%2Fkonferencia-o-buducnosti-eu%2Fkonferencia-na-slovensku) (letzter Zugriff: 21.9.2021).
  - 6 Ministerium für Äußeres und europäische Angelegenheiten: Konferencia o budúcnosti Európy na Slovensku, 2021.
  - 7 Vladimír Bilčík: Report to European Parliament on accession of Serbia to EU, 25.3.2021, abrufbar unter: <https://ps-af.facebook.com/Bilcik.Vladimir/videos/priatelja-ak-va%CC%81s-zauj%CC%81ma-rozs%CC%8Cirovanie-eu%CC%81a-moja-spra%CC%81va-k-srbsku-zdie%CC%8Cam-s-/871126127071621/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

### **Der slowakische Aufbau- und Resilienzplan**

Unmittelbar nach der ersten Welle der Pandemie schlug die Europäische Kommission auf einer Sitzung am 27. Mai 2020 die Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vor. Am 21. Juli 2020 nahm der Europäische Rat die Entscheidung zum Zeitplan, der Zuteilung von Finanzmitteln und der damit verbundenen Reformen an, woraufhin der slowakischen Öffentlichkeit umgehend die Erarbeitung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (ARP) „Moderne und erfolgreiche Slowakei“ vorgestellt wurde. Das slowakische Finanzministerium erhielt vor der öffentlichen Debatte am 15. Dezember 2020 auch eine neue Abteilung zur Koordinierung der Ressortprioritäten und ihrer Finanzplanung.

Im Rahmen des Kommissionsvorschlages legte die Slowakei, wie andere EU-Mitgliedstaaten auch, ihre politischen Zielvorstellungen vor. Obwohl die Covid-19 Pandemie die institutionellen Entscheidungsstrukturen wie auch die gesamte Infrastruktur des Landes völlig unvorbereitet traf, konnte man sich darauf einigen, die Priorität zunächst auf das stark überlastete Gesundheits- und Sozialsystem sowie das Bildungswesen zu setzen. Entlang des gesamten politischen Spektrums herrschte Konsens darüber, dass bessere Gesundheitsversorgung, qualitativ hochwertige Bildung, Forschung und Innovation, wie auch eine effizientere öffentliche Verwaltung und Digitalisierung sowie eine „Green Economy“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken müssten. Durch die Untätigkeit der Regierung in Pandemiezeiten waren die ersten vier dieser Kernbereiche schlicht vernachlässigt worden, aber die grüne Wirtschaftspolitik blieb als das neue politische und vor allem europäische Themenfeld. Die Slowakische Republik ist jedoch nicht gerade ein Pionier der „Green Economy“, und so wird die grüne Agenda im Regierungsprogramm noch als „verantwortungsvoller Umweltschutz“<sup>8</sup> ausgewiesen. Die Regierung steht auch ausdrücklich zu ihren Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens und der Agenda 2030, indem sie den Umweltthemen der Luftverschmutzung, der Kreislaufwirtschaft, des Wasserschutzes sowie dem Schutz von Biodiversität und Ökosystemen einen besonderen Stellenwert einräumt. Für all diese Bereiche werden entsprechend hohe Mittel zur Verfügung gestellt. Die EU und insbesondere die Kommission haben somit erneut unter Beweis gestellt, wie wirkungsmächtig sie, in einem für die Slowakische Republik bisher ungekannten Ausmaß, die Europäische politische Agenda auch auf die nationale Tagesordnung setzen können. Während der Sitzung am 13. Juli 2021 wurde die endgültige Fassung des slowakischen ARP gemeinsam mit elf anderen vom ECOFIN-Rat angenommen.<sup>9</sup>

### **Weiterführende Literatur**

Veda pomáha COVID-19: Vizualizácie, abrufbar unter: <https://vedapomaha.sk/vizualizacie/> (letzter Zugriff: 8.10.2021).

Dáta bez pátosu: Dáta zrozumiteľné všetkým, abrufbar unter: <https://databezpatosu.sk/> (letzter Zugriff: 8.10.2021).

---

8 Enviroportal: Government's Programme 2020 – 2024, abrufbar unter: <https://www.enviroportal.sk/rastlinstvo-a-zivocisstvo/programove-vyhlasenie-vlady-sr-na-obdobie-rokov-2016-2020> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

9 Regierung der Slowakischen Republik: Recovery and Resilience Plan of the Slovak Republic, abrufbar unter: <https://www.planobnovy.sk/kompletny-plan-obnovy/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).